

Editorial

Erklärung der Herausgeber und Herausgeberinnen der spw

Mit dieser Ausgabe der *spw* stellt sich den Leserinnen und Lesern ein neuer Herausgeber- und Herausgeberinnenkreis vor. Er nimmt in derselben Zusammensetzung zugleich auch die Funktion eines Aufsichtsrates der *spw*-Verlagsgesellschaft wahr. Diese personelle Veränderung und Erweiterung des Kreises der für das *spw*-Projekt leitend verantwortlichen Personen ist weit mehr als nur die turnusmäßige Erneuerung oder die gelegentlich notwendige Erweiterung eines politischen Gremiums. Der neue HerausgeberInnenkreis markiert vielmehr den Entschluß, das ganze Projekt auf eine neue, tiefgreifend veränderte Grundlage zu stellen.

Das Projekt *spw* ist bekanntlich aus der jahrzehntelangen kontinuierlichen Zusammenarbeit einer bestimmten Strömung innerhalb der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten hervorgegangen. *spw* definierte seine Traditionslinien bewußt „dissident“ gegenüber beiden „Hauptströmungen der Arbeiterbewegung“ und bezog sich positiv auf die von Paul Levi (KPD-/SPD-Dissident) in der Weimarer Republik gegründete „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“. Es war dementsprechend durch deutlich erkennbare programmatische und politische Positionen gekennzeichnet:

- durch das erklärte Bekenntnis zu einer ganz bestimmten marxistischen Traditionslinie, die in der jüngeren Vergangenheit ihren Ausdruck vor allem in der sog. „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ gefunden hat;

- durch den deutlichen Bezug auf die antifaschistische Tradition der Linken und scharfe Kritik am von den USA geführten Lager des westlichen Kapitalismus sowie durch eine relativ verständnisvolle und kooperationsbereite Haltung gegenüber dem sogenannten „realen Sozialismus“ - ungeachtet der prinzipiellen Kritik an dessen undemokratischen Strukturen, die allerdings bei einigen zeitweise bis zur Unkenntlichkeit in den Hintergrund trat;

- durch die dezidierte Orientierung

auf die SPD und die Arbeit in ihr mit dem Ziel, die Sozialdemokratie auf den Weg einer im marxistischen Sinne sozialistischen Politik zu bringen.

Nicht wenige der neu berufenen *spw*-Herausgeber und Herausgeberinnen haben in der Vergangenheit diesen Positionen skeptisch, kritisch oder sogar schroff ablehnend gegenüberstanden, zumal wenn sie in der DDR die inhumanen Auswirkungen des „realen Sozialismus“ selbst erlebt haben. Nichtsdestoweniger haben sie die Einladung zu verantwortlicher Mitarbeit am *spw*-Projekt angenommen. Diese Entwicklung mag bei dem einen oder anderen Erstaunen, Skepsis oder gar Mißtrauen hervorgerufen haben; auf jeden Fall bedarf sie einer ausdrücklichen Begründung.

Diese Begründung ist sehr einfach. Wir alle sind gemeinsam zu der Überzeugung gelangt, daß sich in den letzten Jahren die ökonomischen, sozialen, politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen sozialistischer Politik von Grund auf gewandelt haben, daß es sinnlos geworden ist, alte politische und/oder organisatorische Frontstellungen einfach ungeprüft aufrechtzuerhalten, und daß stattdessen eine grundlegende Neuorientierung der sozialistischen Linken erforderlich geworden ist.

Dies gilt besonders im Kontext des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“, der zur Folge hat, sozialistische Politik jenseits des Ost-West-Denkens und unter Einbeziehung unterschiedlicher Biografien neu zu formulieren und aus der Analyse der Situation Ziele neu zu gewinnen und zu gewichten. Die Ziele, Absichten und Hoffnungen derjenigen, die in der DDR und in der Phase des Umbruchs dem Sozialismus ein demokratisches und menschliches Gesicht geben wollten und nach politischen Alternativen suchten, sind für diesen Weg unverzichtbar.

Im Unterschied zu vielen anderen, die angesichts vielfacher „neuer Unübersichtlichkeiten“ zusammen mit eindeutig überflüssigem Ballast auch das Projekt des Sozialismus insgesamt

gleich mit über Bord geworfen haben, halten wir allerdings an der Grundidee des Sozialismus in seiner ursprünglichen Gestalt fest: an der Vorstellung einer Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, wie es im „Manifest“ heißt. Wir halten fest an der Zielvorstellung der „Überwindung der Klassengesellschaft“, wie sie im Berliner Programm der SPD formuliert wurde. Wir beharren auf den Forderungen eben dieses Programms: „Das Kapital hat dem Menschen zu dienen und nicht der Mensch dem Kapital“. Wir sind und bleiben der begründeten Überzeugung, daß auch die großen Menschheitsfragen, die weit über die traditionelle „soziale Frage“ hinausreichen - Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, Frieden und gute Nachbarschaft zwischen den Einzelnen und den Völkern - sich nur dann lösen lassen, wenn die Logik der ungebändigten, das heißt der kapitalistischen Marktwirtschaft gebrochen worden ist. Zugleich und damit verbunden ist der Kampf um die Emanzipation der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter zu führen. Entscheidend ist: wir betrachten diese Grundsätze nicht als Versatzstücke sozialdemokratischer Festveranstaltungen, sondern als Maximen praktischen politischen Handelns.

Insofern sind wir Sozialistinnen und Sozialisten im traditionellen Sinne und sofern wir die kritische Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des politischen Handelns auf Theorien, Kategorien und Methoden eines kritischen und nicht zum Dogma erstarrten Marxismus stützen, bleiben wir auch den marxistischen Traditionen verbunden. Dabei sind wir uns bewußt, daß die geistigen Quellen radikaler Kritik am Kapitalismus und der Vorstellung einer befreiten menschlichen Gesellschaft auch an vielen anderen Orten außerhalb der Umzäunungen der marxistischen Schulen gesprudelt haben und sprudeln.

Wir wollen dabei auch Impulse aus Strömungen und geistigen Kräften aufnehmen, die nicht traditionell der Ar-

beiterinnen- und Arbeiterbewegung verbundenen sind, sondern anderen und neueren sozialen Bewegungen. Genannt seien die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung und die internationale Solidaritätsbewegung, die aus der Bürgerbewegung der DDR kommenden Demokratieimpulse und die aus dem konziliaren Prozeß der Kirchen erwachsenen Forderungen, die in den Dreiklang „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ münden.

Wir wissen jedoch, daß die Lösungen für die vor uns liegenden gesellschaftlichen Probleme nicht allein durch Rückgriff auf vorhandene Theorie- und Programmbestände, sondern nur durch eigenes kritisches Nach- und Vordenken gefunden werden können.

Die Gründe für neues kritisches Nachdenken sind vielfältig und teilweise eng miteinander verflochten:

- Das ökonomisch-soziale Scheitern, die politisch-moralische Diskreditierung und schließlich der faktische Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ haben die Idee des Sozialismus in Verfall gebracht und vermeintliche alte Gewißheiten erschüttert.

- Das parallel zu dieser Entwicklung erfolgte Scheitern einer „nachholenden Industrialisierung auf sozialistischer Grundlage“ in vielen Ländern des postkolonialen Südens hat viele Hoffnungen auf eine von dorthier inspirierte sozialistische Veränderung erlöschen lassen.

- Der moderne „westliche“ Industriekapitalismus hat sich im Wettkampf mit dem „realen Sozialismus“ als überlegen erwiesen. Seine eigenen Krisen konnte der Kapitalismus auf Kosten des Südens und der Natur abfedern.

In einem offensichtlichen, ja geradezu provozierenden Gegensatz zur argumentativen und politischen Schwäche der sozialistischen Linken sind die alten Probleme, zu deren Lösungen die verschiedenen antikapitalistischen und sozialistischen Bewegungen angetreten waren, mit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ keineswegs verschwunden, sondern verschärft sichtbar geworden und neue, noch bedrohlichere sind hinzugetreten:

- Die nachholende kapitalistische Entwicklung des Südens ist weitgehend gescheitert. Die globale Ausdehnung des westlichen Industriemodells ist auch ökologisch nicht verantwortbar, das unterstreicht die Notwendigkeit ökologischen Umbaus in den kapitalistischen Zentren.

- Die kapitalistisch gewordenen Gesellschaften des ehemaligen „realen Sozialismus“ tendieren offenbar weniger zum demokratischen Wohlfahrtsstaat westeuropäischer Prägung als in die Richtung der Gesellschaften des postkolonialen Südens mit vergleichbaren ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Folgen, auch für die westlichen Industriestaaten.

- Zum ersten Mal in der Geschichte beherrscht der Kapitalismus ohne die Konkurrenz alternativer Gesellschaftssysteme die ganze Weltwirtschaft. Niemand weiß, welche Folgen dieser Umstand haben wird. Vielleicht steht uns das Zeitalter der umfassenden kapitalistischen Weltwirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltkrisen erst noch bevor.

- Die kapitalistische Organisation des Weltmarkts spitzt die Probleme der weltweiten Naturzerstörung immer mehr zu.

- Die beginnende „Modernisierung“ traditioneller noch nicht voll durchkapitalisierter Gesellschaften führt zunehmend zu radikalen religiös-kulturellen, ethnisch-nationalen und sozialen Gegenbewegungen mit unabsehbarer Wirkung.

- Der Fortfall des bipolaren nuklearen Abschreckungssystems bei gleichzeitiger unaufhaltsamer Verbreitung von Massenvernichtungswaffen macht menschenbedrohende lokale oder regionale Kriege wahrscheinlicher.

- Die UNO ist heute vor allem die kollektive ökonomisch-politische Interessenvertretung der G 7 - Staaten, d.h. der kapitalistischen Metropolen unter Führung der USA, und daher faktisch außerstande, eine gerechte ökonomische, soziale und politische Weltfriedensordnung zu schaffen.

Vor allem aber - und für uns unmittelbar von Bedeutung - befindet sich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften der demokratische Wohlfahrtsstaat in einer sich zuspitzenden ökonomischen, finanziellen, sozialen, politischen und moralischen Krise. Es zeichnet sich eine umfassende Gesellschaftskrise ab. Rassismus, Rechtsextremismus, „Politikverdrossenheit“, und die zerstörerischen Gegenmittel der Herrschenden, populistische Volksverhetzung und autoritäre Verformung des Rechtsstaats, „Deregulierung“ und „Sozialabbau“ sind die Ausdrucksformen dieser Krise.

Dieser Situation muß die sozialistische Linke sich stellen. Derzeit fehlen ihr dafür aber nicht nur die politischen Machtmittel, sondern leider auch die erforderlichen Analysen und Konzepte. Die offizielle sozialdemokratische Programmatik läßt - trotz der Ansätze in „Fortschritt 90“ - wieder wie gehabt Konjunkturpolitik, Strukturpolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Sozialpolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie Umweltpolitik nebeneinanderherlaufen, ohne die z.T. durchaus diskutablen einzelnen Lösungsvorschläge zu einem Gesamtprogramm des ökologisch-sozialen Umbaus unserer Gesellschaft zu verknüpfen, obwohl im Berliner Programm Ziele und Instrumente einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaftsordnung vorgestellt werden. Hier muß die Linke anknüpfen. Von besonderer Bedeutung wäre es dabei, wenn es gelänge - statt in die „Sparfalle“ konservativer Fiskal- und Sozialpolitik zu rennen - Konzepte für einen Umbau des Wohlfahrts- und Sozialstaats zu entwickeln, einen Umbau, der Staat und soziale Sicherungssysteme unbürokratischer, elastischer, leistungsfähiger und menschlicher, aber nicht unbedingt teurer machen würde, und sich mit den ökologischen Erfordernissen zu einem ökologisch-sozialen Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln läßt.

Ähnliches wie für die Gesellschaftspolitik gilt auch für die internationale Politik, in der politischen Solidaritätsarbeit mit verbündeten Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, Entwicklungspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik und klassische zwischenstaatliche Außenpolitik miteinander verbunden werden müßten; da das aber nicht überzeugend geschieht, füllt in den Köpfen (auch vieler Linker) ein von aller Realität abgehobener abstrakter UNO-Idealismus die Lücke. In der Praxis bleibt davon dann nur der Vorschlag von Kampfeinsätzen der Bundeswehr für die UNO, die in der Wirklichkeit nur Bündniskriege unter der Führung und im Interesse der USA sein würden.

Es ist auch eine der Aufgaben der Linken, dem Projekt einer rot-grünen Zusammenarbeit über die bloße Koalitionsarithmetik hinaus eine solide programmatische Grundlage zu geben und vor allem über die realen sozialen Grundlagen eines solchen Bündnisses

NEUE SPW

nachzudenken. Rotgrün allein ist noch nicht die gesellschaftliche Mehrheit. Die politische Koalition muß durch gesellschaftliche Mobilisierung gestützt werden.

Auch die notwendige kritische Auseinandersetzung mit dem Desaster des „realen Sozialismus“ - und vor allem mit den persönlich daran beteiligten und davon betroffenen Menschen - kann und muß in erster Linie von den Verfechterinnen und Verfechtern des wirklichen Sozialismus geleistet werden. Der linke polnische Schriftsteller Adam Michnik - von den Kommunisten viele Jahre verfolgt - hat formuliert: Amnestie, aber keine Amnesie. Das heißt: kein moralischer oder gar juristischer Vernichtungskrieg gegen die ehemaligen Anhänger oder Sympathisierenden des realen Sozialismus, wohl aber kritische Erinnerung und radikale Kritik von Irrtümern, Fehlentwicklungen und moralischem Versagen. Diese Kritik darf nicht von einem nachträglichen McCarthyismus überdeckt werden, der die Beteiligten dazu zwingt, an ihrem Freispruch zu arbeiten, und damit die Bearbeitung der gesellschaftlichen Wirklichkeit verschüttet.

Das sind umfassende Ziele; das Projekt *spw* kann und sollte sich nicht mehr vornehmen, als einen kleinen begrenzten Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten zu wollen. Schwerpunkt unserer Arbeit sollte sein, zwischen theoretischer programmatischer Diskussion und politischer Praxis zu vermitteln. Eine solche Aufgabenstellung unterscheidet *spw* von reinen linken Theoriezeitschriften oder wissenschaftlichen Diskussionszirkeln. Gegenüber anderen politisch-theoretischen Publikationen zeichnet sich *spw* durch ihre sozialistische Tendenz und ihre Orientierung auf die Arbeit in der SPD aus - wobei leibendige Kontakte und offene Diskussionen mit Nicht-Sozialdemokratinnen und Nicht-Sozialdemokraten ausdrücklich eingeschlossen sind. Die Zeiten, da die Linke glauben durfte, daß die Partei - welche auch immer - die Führung der sozialistischen Bewegung monopolisieren könnte, sind vorbei.

Innerhalb der verschiedenen Diskussionszusammenhänge der SPD-Linien wie „Frankfurter Kreis“ und „Parlamentarischer Linke“ strebt *spw* weder eine Sonderrolle noch eine Sondergruppierung an. Wir wollen uns

um Projekte und Diskussionszusammenhänge kümmern, die sonst nicht zustandekommen würden, und stehen darüberhinaus der gesamten Linken innerhalb und außerhalb der SPD als Diskussionsangebot zur Verfügung. Zur Mitarbeit ist jede und jeder herzlich eingeladen - unbeschadet früherer Frontstellungen.

Zum Schluß: eine so tiefreichende Veränderung, wie wir sie eingeleitet haben, kann sich nicht auf einen Schlag, sondern nur ganz allmählich vollziehen. Und sie kommt auch nicht bloß durch die Arbeit des Trägerkreises der *spw* zustande. Wir brauchen neue Leserinnen und Leser, Diskussionspartnerinnen und -partner, Autorinnen und Autoren - und natürlich materielle Unterstützung. Ohne die aktive Teilnahme von Genossinnen und Genossen, von Kolleginnen und Kollegen, die jetzt noch andere Wege gehen oder abseits stehen, kann unser Vorhaben nicht gelingen. Aber das neue Projekt *spw* macht Mut. Wir wollen in der Krise die Kräfte der Linken bündeln, statt die Energien in Spaltungen zu verbrauchen.